

# Rat stimmt für Beitritt zur „Seebrücke“

Von Friederike Niemeyer

**LÜBBECKE** (WB). Die Stadt Lübbecke hat sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Der Stadtrat hat am Donnerstagabend mehrheitlich beschlossen, dass sich die Stadt bereit erklärt, zehn aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig soll die Stadt dem internationalen Bündnis Seebrücke beitreten. Damit soll Druck auf die deutsche und europäische Politik ausgeübt werden, die Verteilung von aus Seenot im Mittelmeer geretteten Migranten menschenwürdig zu regeln und freiwillige Aufnahmen zu ermöglichen.

Wie bereits berichtet, hatten SPD, Grüne, LK und Linkspartei diesen Antrag auf Initiative des heimischen Bündnisses „Lübbecke zeigt Gesicht“ eingebracht. Es soll dabei darum gehen, zehn Menschen – geflüchteten Familien mit Kindern – einen sicheren Neustart zu ermöglichen, keinen Wirtschaftsmigranten, wie Bernd Sasse-Westermann (LK) betont hatte.

Michael Hafner (SPD) sagte: „Niemand von uns würde mit ansehen wollen, wenn seine eigenen Kinder in einem Flüchtlingslager auf Lesbos leben müssten.“ Der Beitritt zur Seebrücke, der inzwischen 210 Kommunen angehören würden, würde „eine starke Kraft“ entstehen lassen, dass diese Flüchtlinge überhaupt nach Deutschland dürften.

Dezernent Philipp Knappmeyer berichtete von Gesprächen mit der Bezirksregierung, wonach die Finanzierung unklar bleibe. Knappmeyer: „Ein Beschluss wäre derzeit nur ein Signal.“

Diskutiert wurde in der Ratssitzung vor allem die Frage, ob die Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme unbedingt mit einem Beitritt zur Seebrücke gekop-

pelt sein müsste. Während Christiane Brune-Wiemer (Grüne) betonte, dass so Druck auf die Politik ausgeübt werden könne, sprachen sich CDU- und FDP-Fraktion für eine Entkoppelung aus. Christoph Krüger (CDU) benannte als fragwürdige Positionen der Seebrücke einen generellen Abschiebestopp und die Aufnahme aller Flüchtlinge. Einer zuzusätzlichen Aufnahme in Lübbecke würde er aber gerne zustimmen. Andreas Eickmeier (FDP) sagte, dass jetzt keine Symbolpolitik gefordert sei, sondern konkrete Hilfe. „Dabei sollte der Rat frei entscheiden und sich nicht den Leitlinien einer externen Organisation verpflichten.“ Er beantragte, beide Punkte getrennt abzustimmen. Michael Hafner schlug daraufhin vor, erst über den Seebrücke-Beitritt abzustimmen, dann über die Aufnahme.

Bürgermeister Frank Haberbosch wandte ein, dass es Usus sei, zunächst über den weiterführenden Antrag abzustimmen und dies sei der Doppel-Antrag. Dieser wurde mit den Stimmen der beantragenden Fraktionen angenommen. CDU, FDP, WL und der Bürgermeister enthielten sich.

## Kommentar

Auch wenn viele Ratsmitglieder dem Seebrücke-Bündnis skeptisch gegenüber stehen: Am Ende gab es im Rat einen einstimmigen Beschluss für die Aufnahme von zehn Menschen in großer Not. Das ist ein starkes Signal aus Lübbecke – in einer Zeit, in der in vielen Räten auch andere Stimmen zur Flüchtlingspolitik laut werden. Friederike Niemeyer